

Uganda

## Angriffe auf die Pressefreiheit

Uganda gilt seit Jahren als eines der Länder mit der größten Pressefreiheit auf dem afrikanischen Kontinent. Ein Erfolg, auf den die Regierung Musevenis gerne verwies und den die Geberländer mit großer Anerkennung zur Kenntnis nahmen. Seit Oktober vergangenen Jahres jedoch ist vieles anders: Wegen eines unliebsamen Artikels schloss die Polizei mit Waffengewalt eine Woche lang die einzige private Tageszeitung und steckte einen Journalisten ebenso lang ins Gefängnis. Während er nun mit seinen Chefredakteuren auf den Prozess wartet, kommen bei den politischen Beobachtern Zweifel über die Pressefreiheit im Land auf.

**Gerd Vanselow**

Die Aktion verläuft zügig und routiniert. Zuerst beziehen etwa 30 mit Kalaschnikows bewaffnete Polizisten Stellung um das Verlagsgebäude. Während sie die Durchfahrtsstraße abriegeln, stürmen etwa 30 weitere Beamte in Zivil das Zeitungshaus. Niemand darf mehr rein oder raus. Am frühen Abend, kurz vor Andruck der nächsten Ausgabe, ist der „Monitor“, die einzige private Tageszeitung des Landes, besetzt.

Die Polizisten durchsuchen die Redaktion, brechen Schubladen auf und verstreuen deren Inhalt auf dem Fußboden. Sie beschlagnahmen Berge von Papier, Disketten, sämtliche Computer und Handys. Sieben Stunden, bis weit nach Mitternacht halten sie das Personal fest.

Doch erst am nächsten Morgen finden sie den Autor jenes Artikels, der die Regierung so in Rage gebracht hat. 400 Kilometer nördlich von Kampala, in Gulu, nehmen ihn Soldaten der ugandischen Armee fest.

Was war geschehen? Der „Monitor“ hatte in einem Aufmacher auf der Titelseite berichtet, dass Verwirrung um den Absturz eines Armeehubschraubers herrscht. Es sei unklar, ob er im Rebellengebiet im Norden einfach so abgestürzt, oder ob er abgeschossen worden sei. Auch der Armeesprecher wurde zitiert, der den Absturz dementierte.

### Die Vorgeschichte

Im März 2002 beschloss die ugandische Regierung die Rebellen der *Lords Resistance Army*

(LRA), die Norduganda seit 16 Jahren verunsichern, den endgültigen Todesstoß zu geben. „Operation Eiserne Faust“ wurde das Unternehmen vollmundig getauft, und ebenso vollmundig waren nach einigen Anfangserfolgen die Statements der Armee in der Öffentlichkeit. Noch im selben Monat wurde das Bild vermittelt, dass die in die Flucht geschlagenen Rebellen in Kürze aufgeben oder in ihrem Bergrefugium an der sudanesisch-ugandischen Grenze verhungern würden.

Doch es kam ganz anders: Statt im Sudan zu verhungern, schlug die LRA auf brutalste Weise zurück und drang sogar in Gegenden vor, die bisher als sicher galten. Aktiver als jemals zuvor überfallen sie seither fast täglich die Kleinbauern der Gegend, brandschatzen und mordeten auf bestialische Weise. Acht Monate lang konnte die ugandische Armee dies nicht unterbinden.

In dieser Situation schreibt nun Frank Nyakairu, der damalige „Kriegskorrespondent“ des „Monitor“ die Geschichte über den möglichen Armeehubschrauber-Absturz. Noch dazu gilt der „Monitor“ als Oppositionszeitung, oder besser als die eigentliche Opposition in Land. „Ich hatte bereits nach anderen Artikeln über den Rebellenkrieg mehrfach Drohanrufe bekommen und somit schon eine Ahnung, dass etwas geschehen würde“, erinnert sich Nyakairu.

Und dann passiert es: Irgendjemand gerät in Rage, telefoniert und darauf hin stürmen bewaffnete Polizisten das Verlagshaus und setzen Rechte und

Freiheiten außer Kraft. Die Polizisten haben nicht einmal einen Durchsuchungsbefehl. Sechs Tage lang wird Nyakairu in Polizeigewahrsam gehalten, bevor er einem Gericht vorgeführt wird. Nach der ugandischen Verfassung muss dies spätestens nach 48 Stunden geschehen.

### Solidaritätsbekundungen durch andere Medien

Dem ersten Schock über die Schließung der Zeitung folgt dann auch gleich der zweite: die Zivilgesellschaft schweigt.

Äußerst zögerlich nur kommt die eine oder andere Stellungnahme der vielen, von den Geberländern so hofierten Nichtregierungsorganisationen. Die Studenten der berühmten Makerere Universität haben zwar zu einer Demonstration aufgerufen, doch irgendwie kommt die dann auch nicht zustande.

Solidarität hingegen bekunden die anderen Medien des Landes. Die Radiostationen berichten stündlich über die neuesten Entwicklungen, auf allen Radiostationen laufen Talkshows, in denen heftige Kritik geäußert und auch die Frage nach der Pressefreiheit und den allgemeinen politischen Freiheiten aufgeworfen wird. Auch die staatliche Tageszeitung „New Vision“ berichtet mit großen Schlagzeilen. Das Foto des in Handschellen abgeführten Journalisten Nyakairu füllt gar die halbe Titelseite.

Und nach der einwöchigen Schließung schlägt auch der „Monitor“ in seiner Comeback-Ausgabe zurück. Die Bedingung für das Wiederer-



scheinen ist der Abdruck einer Entschuldigung. Doch Berichte und Kommentare haben es in sich. „Obwohl ich äußerst geringe Erwartungen an afrikanische Regierungen habe, dachte ich nicht, dass Präsident Museveni und seine Regierung so tief sinken würden“, schreibt Star-Reporter Andrew Mwenda. In Anspielung darauf, dass Museveni es war, der der freien Presse einst den Weg geebnet hatte, fügt er hinzu: „Es war so, als hätte der Vater sein eigenes Kind getötet.“

David Ouma, Mitglied der Chefredaktion, urteilt, „dass das gegenwärtige Regime ein gewisses Maß an Pressefreiheit nicht aus Überzeugung erlaubt, sondern vielmehr als eine Taktik, um Anerkennung und Wohlwollen der internationalen Gemeinschaft zu gewinnen.“

#### Weitere Beschränkungen

Ob die Schließung des „Monitor“ nun ein Einzelfall ist oder der Anfang vom Ende der Pressefreiheit in Uganda – darüber

wurde Ende vergangenen Jahres viel spekuliert. Sowohl bei ugandischen als auch bei internationalen politischen Beobachtern begann das große Nachdenken. Der „Monitor“ selbst beurteilt dies in einem Kommentar so: „Es wird nie mehr so sein, wie es war. Die Luft ist vergiftet.“

Das neue Jahr begann dann auch in diesem Sinne: Der Informationsminister verbietet die im Land äußerst beliebten, live ausgestrahlten Podiumsdiskussionen in Wirtshäusern. Bei diesen öffentlichen Debatten, die auf allen privaten Radiostationen liefen, wurde dem Publikum viel Platz eingeräumt, seine Meinung zu äußern. Der Minister verlangt nun von den Sendern, dass sie sich spezielle „Lizenzen für die Übertragung im Freien“ besorgen. In der Bevölkerung hat dies bereits zu großen Unmut geführt. Eine Bürgerinitiative hat sich gegründet, die bis Ende Januar 2003 6.000 Unterschriften gegen den Erlass gesammelt und dem Minister übergeben hat. Inzwi-

schen haben einige Sender das Verbot umgangen, indem sie die Sendungen nicht live ausstrahlen, sondern zuvor aufzeichnen.

Wie die Angelegenheit ausgehen wird, ist noch offen, ebenso das Nachspiel im Fall des „Monitor“. Die Gretchenfrage, ob der Armeehubschrauber nun tatsächlich abgestürzt ist, darf derzeit nicht gestellt werden, da dies dem Gerichtsverfahren vorgehen würde. Frank Nyakairu, der Autor des Artikels, der gegen Kautions auf freien Fuß ist, sowie zwei Chefredakteure des Blattes warten im Moment auf ihren Prozess. Die Anklage lautet: Veröffentlichung falscher Nachrichten, sowie Veröffentlichung von Informationen, die die nationale Sicherheit beeinträchtigen können. Nach ugandischem Recht beträgt die Höchststrafe dafür fünf Jahre Haft.

■ Gerd Vanselow ist Journalist und seit 2000 DED-Entwicklungshelfer für Informations- und Bildungsarbeit in Uganda.

Die Titelseite der Comeback-Ausgabe des „Monitor“  
Foto: Gerd Vanselow